VERBRAUCHERSCHUTZINFORMATIONEN

1. Angaben zum Diensteanbieter

Wir informieren Sie darüber, dass die Website https://de.nosiboo.eu/ von folgendem Unternehmen betrieben wird:

Firmenname: ATTRACT Kft.

Sitz und Postanschrift: 7622 Pécs, Siklósi út 1/1., Ungarn

Ort der Beschwerdebearbeitung: 7622 Pécs, Siklósi út 1/1., Ungarn

E-Mail-Adresse: customerservice@nosiboo.com

Telefonnummer: +36 72 551 642

Handelsregisternummer: 02-09-066227

Steuernummer: 11777364-2-02

Registerführende Behörde: Handelsregistergericht des Gerichtshofs Pécs

Vertragssprache: Ungarisch

(im Folgenden als „Diensteanbieter“ bezeichnet).

2. Widerrufsrecht

2.1

Gemäß der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der ungarischen Regierungsverordnung Nr. 45/2014 (II.26.) über die detaillierten Vorschriften für Verträge zwischen Verbrauchern und Unternehmern ist der Verbraucher berechtigt, innerhalb von 14 (vierzehn) Tagen nach Erhalt der bestellten Ware ohne Angabe von Gründen vom Vertrag zurückzutreten und die bestellte Ware zurückzusenden.

Wird dem Verbraucher die vorliegende Information nicht zur Verfügung gestellt, ist er berechtigt, sein Widerrufsrecht bis zum Ablauf von 1 (einem) Jahr auszuüben.

Erteilt der Diensteanbieter die entsprechende Information nach Ablauf von 14 (vierzehn) Tagen ab dem Datum des Erhalts der Ware oder des Vertragsabschlusses, jedoch innerhalb von 12 (zwölf) Monaten, endet die Widerrufsfrist 14 (vierzehn) Tage nach dem Zeitpunkt, zu dem diese Information dem Verbraucher mitgeteilt wurde.

2.2

Die Frist zur Ausübung des Widerrufsrechts endet 14 (vierzehn) Tage nach dem Tag, an dem der Verbraucher oder ein von ihm benannter Dritter, der nicht der Beförderer ist, die Ware in Besitz genommen hat.

Der Verbraucher kann sein Widerrufsrecht auch während des Zeitraums zwischen dem Vertragsabschluss und der Entgegennahme der Ware ausüben.

Die Kosten der Rücksendung der Ware sind vom Verbraucher zu tragen, sofern das Unternehmen nicht zugesagt hat, diese Kosten zu übernehmen.

Bei Ausübung des Widerrufsrechts entstehen dem Verbraucher außer den Kosten der Rücksendung der Ware keine weiteren Kosten.

Das Widerrufsrecht besteht nicht bei Waren, die nicht vorgefertigt sind und für deren Herstellung eine individuelle Auswahl oder Bestimmung durch den Verbraucher maßgeblich ist, oder bei Waren, die eindeutig auf die persönlichen Bedürfnisse des Verbrauchers zugeschnitten sind.

2.3

Der Verbraucher kann sein Widerrufsrecht auch bei einem Vertrag über die Erbringung von Dienstleistungen nach vollständiger Erbringung der Dienstleistung nicht ausüben, wenn das Unternehmen mit der Ausführung der Dienstleistung aufgrund der ausdrücklichen vorherigen Zustimmung des Verbrauchers begonnen hat und der Verbraucher bestätigt hat, dass er sein Kündigungsrecht mit vollständiger Vertragserfüllung verliert.

Das Widerrufsrecht besteht ebenfalls nicht bei Waren oder Dienstleistungen, deren Preis beziehungsweise Entgelt von Schwankungen auf dem Finanzmarkt abhängt, auf die das Unternehmen keinen Einfluss hat und die innerhalb der Widerrufsfrist auftreten können, sowie in folgenden Fällen:

a) Bei Waren, die schnell verderben können oder deren Verfallsdatum schnell überschritten würde.

b) Bei versiegelten Waren, die aus Gründen des Gesundheitsschutzes oder der Hygiene nicht zur Rückgabe geeignet sind, wenn ihre Versiegelung nach der Lieferung entfernt wurde.

c) Bei Waren, die nach der Lieferung aufgrund ihrer Beschaffenheit untrennbar mit anderen Gütern vermischt wurden.

d) Bei alkoholischen Getränken, deren tatsächlicher Wert von Schwankungen des Marktes abhängt, auf die das Unternehmen keinen Einfluss hat, und deren Preis bei Abschluss des Kaufvertrags vereinbart wurde, deren Lieferung jedoch erst nach Ablauf von 30 (dreißig) Tagen nach Vertragsabschluss erfolgen kann.

e) Bei Verträgen, bei denen der Verbraucher das Unternehmen ausdrücklich aufgefordert hat, ihn aufzusuchen, um dringende Reparatur- oder Instandhaltungsarbeiten vorzunehmen.

f) Bei versiegelten Ton- oder Videoaufnahmen sowie Computersoftware, wenn die Versiegelung der Verpackung nach der Lieferung durch den Verbraucher entfernt wurde.

g) Bei Zeitungen, Zeitschriften und Illustrierten, mit Ausnahme von Abonnementverträgen.

h) Bei Verträgen, die im Rahmen einer öffentlichen Versteigerung geschlossen wurden.

i) Bei Verträgen über die Bereitstellung von Unterkünften zu anderen als Wohnzwecken, die Beförderung von Waren, die Vermietung von Kraftfahrzeugen, die Lieferung von Speisen und Getränken sowie Dienstleistungen im Zusammenhang mit Freizeitbetätigungen, wenn für die Vertragserfüllung ein spezifischer Termin oder Zeitraum vorgesehen ist.

j) Bei digitalen Inhalten, die nicht auf einem körperlichen Datenträger geliefert werden, wenn das Unternehmen mit der Vertragserfüllung aufgrund der ausdrücklichen vorherigen Zustimmung des Verbrauchers begonnen hat und der Verbraucher gleichzeitig bestätigt hat, dass er mit Beginn der Vertragserfüllung sein Widerrufsrecht verliert.

2.4

Nach Eingang der zurückgesandten Ware oder der Widerrufserklärung erstattet der Diensteanbieter dem Verbraucher gemäß den oben genannten Rechtsvorschriften unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 14 (vierzehn) Tagen, den gezahlten Betrag einschließlich der Versandkosten.

Für die Rückerstattung wird dasselbe Zahlungsmittel verwendet, das der Verbraucher bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt hat, es sei denn, der Verbraucher hat ausdrücklich einer anderen Zahlungsweise zugestimmt.

Dem Verbraucher entstehen durch die gewählte Rückerstattungsmethode keine zusätzlichen Kosten.

2.5

Der Verbraucher ist verpflichtet, die Waren unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 14 (vierzehn) Tagen ab dem Tag, an dem er den Diensteanbieter über seinen Entschluss zum Widerruf des Vertrags informiert hat, an die Anschrift des Diensteanbieters zurückzusenden oder dort zu übergeben.

Bei einem schriftlichen Widerruf genügt es, die Widerrufserklärung innerhalb von 14 (vierzehn) Tagen abzusenden.

Der Verbraucher wahrt die Frist, wenn er die Ware vor Ablauf der Frist von 14 (vierzehn) Tagen zurücksendet oder übergibt.

Die Rücksendefrist gilt als eingehalten, wenn der Verbraucher die Ware vor Ablauf der Frist absendet.

2.6

Der Verbraucher trägt ausschließlich die unmittelbaren Kosten der Rücksendung der Ware, sofern das Unternehmen nicht zugesagt hat, diese Kosten zu übernehmen.

Der Diensteanbieter ist nicht verpflichtet, dem Verbraucher zusätzliche Kosten zu erstatten, die dadurch entstehen, dass der Verbraucher eine andere Versandart als die vom Diensteanbieter angebotene günstigste Standardlieferung gewählt hat.

2.7

Der Diensteanbieter kann die Rückerstattung verweigern, bis er die Waren zurückerhalten hat oder bis der Verbraucher einen Nachweis darüber erbracht hat, dass er die Waren zurückgesandt hat, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher eintritt.

2.8

Wenn der Verbraucher sein Widerrufsrecht ausüben möchte, kann er dies dem Diensteanbieter über eine der angegebenen Kontaktmöglichkeiten schriftlich, telefonisch oder persönlich mitteilen.

Eine schriftliche Mitteilung kann auch über den Menüpunkt „Elállás a szerződéstől“ (Widerruf des Vertrags) auf der vom Diensteanbieter betriebenen Website erfolgen.

Bei einer schriftlichen Mitteilung auf dem Postweg ist das Datum der Aufgabe bei der Post maßgeblich. Bei einer telefonischen Mitteilung wird der Zeitpunkt der telefonischen Benachrichtigung berücksichtigt.

Bei einer Mitteilung auf dem Postweg akzeptiert der Diensteanbieter die Benachrichtigung per Einschreiben oder als Paketsendung.

Der Verbraucher kann die bestellte Ware per Post oder mithilfe eines Kurierdienstes an den Diensteanbieter zurücksenden.

Der Verbraucher haftet ausschließlich für einen etwaigen Wertverlust der Ware, der auf einen Umgang mit der Ware zurückzuführen ist, der zur Prüfung ihrer Beschaffenheit, Eigenschaften und Funktionsweise nicht notwendig war.

2.9

Die ungarische Regierungsverordnung Nr. 45/2014 (II.26.) über die detaillierten Vorschriften für Verträge zwischen Verbrauchern und Unternehmern ist hier abrufbar.

Die Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ist hier abrufbar.

2.10

Der Verbraucher kann sich auch mit anderen Beschwerden über die in diesen Verbraucherschutzinformationen angegebenen Kontaktdaten an den Diensteanbieter wenden.

Das Widerrufsrecht steht ausschließlich Nutzern zu, die gemäß dem ungarischen Bürgerlichen Gesetzbuch als Verbraucher gelten.

Das Widerrufsrecht steht Unternehmen beziehungsweise Personen, die im Rahmen ihrer gewerblichen, geschäftlichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit handeln, nicht zu.

3. Verfahren zur Ausübung des Widerrufsrechts

3.1

Wenn der Verbraucher sein Widerrufsrecht ausüben möchte, ist er verpflichtet, dem Diensteanbieter seine Widerrufsabsicht über die angegebenen Kontaktmöglichkeiten mitzuteilen.

Der Verbraucher übt sein Widerrufsrecht fristgerecht aus, wenn er seine Widerrufserklärung vor Ablauf des 14. (vierzehnten) Tages nach Erhalt der Ware absendet.

Bei einem schriftlichen Widerruf genügt es, die Widerrufserklärung innerhalb von 14 (vierzehn) Tagen abzusenden.

Bei einer Mitteilung auf dem Postweg gilt das Datum der Aufgabe bei der Post. Bei einer Mitteilung per E-Mail oder Fax ist der Zeitpunkt der Absendung der E-Mail beziehungsweise des Faxes maßgeblich.

3.2

Im Falle eines Widerrufs ist der Verbraucher verpflichtet, die bestellte Ware unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 14 (vierzehn) Tagen nach Mitteilung seiner Widerrufserklärung, an die Anschrift des Diensteanbieters zurückzusenden.

Die Frist gilt als eingehalten, wenn die Ware vor Ablauf der Frist von 14 (vierzehn) Tagen abgesandt wurde. Die Ware muss daher nicht innerhalb von 14 (vierzehn) Tagen beim Diensteanbieter eintreffen.

Der Verbraucher trägt die Kosten, die im Zusammenhang mit der Rücksendung der Ware aufgrund der Ausübung des Widerrufsrechts entstehen.

Der Diensteanbieter ist jedoch nicht verpflichtet, dem Verbraucher zusätzliche Kosten zu erstatten, die dadurch entstehen, dass der Verbraucher eine andere Versandart als die vom Diensteanbieter angebotene günstigste Standardlieferung gewählt hat.

Der Verbraucher kann sein Widerrufsrecht auch während des Zeitraums zwischen dem Vertragsabschluss und der Entgegennahme der Ware ausüben.

3.3

Werden mehrere Waren im Rahmen eines Vertrags gekauft und zu unterschiedlichen Zeitpunkten geliefert, kann der Verbraucher sein Widerrufsrecht innerhalb von 14 (vierzehn) Tagen nach Erhalt der zuletzt gelieferten Ware ausüben.

Besteht die Lieferung einer Ware aus mehreren Teilsendungen oder Stücken, beginnt die Frist von 14 (vierzehn) Tagen mit dem Erhalt der letzten Teilsendung beziehungsweise des letzten Stücks.

4. Garantie und Gewährleistung

4.1 Mangelhafte Vertragserfüllung

Der Diensteanbieter erfüllt seine vertraglichen Verpflichtungen mangelhaft, wenn die erbrachte Leistung zum Zeitpunkt der Erfüllung nicht den im Vertrag oder in den Rechtsvorschriften festgelegten Qualitätsanforderungen entspricht.

Eine mangelhafte Vertragserfüllung liegt nicht vor, wenn der Verbraucher den Mangel zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses kannte oder hätte kennen müssen.

In einem Vertrag zwischen einem Verbraucher und einem Unternehmen ist jede Bestimmung unwirksam, die zum Nachteil des Verbrauchers von den Vorschriften dieses Abschnitts über die gesetzliche Gewährleistung und Garantie abweicht.

4.2 Gesetzliche Sachmängelgewährleistung (Kellékszavatosság)

Unter welchen Umständen kann der Verbraucher seine gesetzlichen Gewährleistungsrechte geltend machen?

Im Falle einer mangelhaften Vertragserfüllung durch den Diensteanbieter kann der Verbraucher gemäß den Bestimmungen des ungarischen Bürgerlichen Gesetzbuches gesetzliche Gewährleistungsansprüche gegenüber dem Diensteanbieter geltend machen.

Welche Rechte stehen dem Verbraucher im Rahmen der gesetzlichen Gewährleistung zu?

Der Verbraucher kann nach seiner Wahl folgende Gewährleistungsansprüche geltend machen:

- Er kann die Nachbesserung oder den Austausch der Ware verlangen, es sei denn, die Erfüllung des von ihm gewählten Anspruchs ist unmöglich oder

- die Erfüllung des gewählten Anspruchs würde für das Unternehmen im Vergleich zur Erfüllung eines anderen Anspruchs unverhältnismäßige Mehrkosten verursachen.

Hat der Verbraucher keine Nachbesserung oder keinen Austausch verlangt oder konnte er diese nicht verlangen, kann er eine angemessene Herabsetzung des Kaufpreises verlangen, den Mangel auf Kosten des Unternehmens selbst beheben oder durch einen Dritten beheben lassen oder – als letztes Mittel – vom Vertrag zurücktreten.

Der Verbraucher kann von einem gewählten Gewährleistungsrecht zu einem anderen übergehen. Die durch den Wechsel entstehenden Kosten trägt jedoch der Verbraucher, es sei denn, der Wechsel war gerechtfertigt oder wurde durch das Unternehmen veranlasst.

Innerhalb welcher Frist kann der Verbraucher seine gesetzlichen Gewährleistungsansprüche geltend machen?

Der Verbraucher ist verpflichtet, den Mangel unverzüglich nach seiner Entdeckung, spätestens jedoch innerhalb von 2 (zwei) Monaten nach Entdeckung des Mangels, mitzuteilen.

Wir weisen jedoch darauf hin, dass die gesetzlichen Gewährleistungsrechte nach Ablauf der Verjährungsfrist von 2 (zwei) Jahren ab Vertragserfüllung nicht mehr geltend gemacht werden können.

Gegenüber wem kann der Verbraucher seine gesetzlichen Gewährleistungsansprüche geltend machen?

Der Verbraucher kann seine gesetzlichen Gewährleistungsansprüche gegenüber dem Diensteanbieter geltend machen.

Welche weiteren Voraussetzungen gelten für die Geltendmachung der gesetzlichen Gewährleistungsrechte?

Innerhalb von 6 (sechs) Monaten nach Vertragserfüllung bestehen für die Geltendmachung eines gesetzlichen Gewährleistungsanspruchs neben der Mitteilung des Mangels keine weiteren Voraussetzungen, sofern der Verbraucher nachweist, dass die Ware beziehungsweise die Dienstleistung von dem Unternehmen bereitgestellt wurde, das den Onlineshop betreibt.

Nach Ablauf von 6 (sechs) Monaten ab Vertragserfüllung ist der Verbraucher jedoch verpflichtet nachzuweisen, dass der von ihm festgestellte Mangel bereits zum Zeitpunkt der Vertragserfüllung vorlag.

4.3 Produktsachmängelhaftung (Termékszavatosság)

Unter welchen Umständen kann der Verbraucher Ansprüche aus der Produktsachmängelhaftung geltend machen?

Im Falle eines Mangels an einer beweglichen Sache (Produkt) kann der Verbraucher nach seiner Wahl entweder einen gesetzlichen Sachmängelgewährleistungsanspruch oder einen Anspruch aus der Produktsachmängelhaftung geltend machen.

Welche Rechte stehen dem Verbraucher im Rahmen der Produktsachmängelhaftung zu?

Im Rahmen der Produktsachmängelhaftung kann der Verbraucher ausschließlich die Nachbesserung oder den Austausch des mangelhaften Produkts verlangen.

Wann gilt ein Produkt als mangelhaft?

Ein Produkt gilt als mangelhaft, wenn es nicht den zum Zeitpunkt seines Inverkehrbringens geltenden Qualitätsanforderungen entspricht oder nicht über die in der vom Hersteller bereitgestellten Beschreibung angegebenen Eigenschaften verfügt.

Innerhalb welcher Frist kann der Verbraucher Ansprüche aus der Produktsachmängelhaftung geltend machen?

Der Verbraucher kann seine Ansprüche aus der Produktsachmängelhaftung innerhalb von 2 (zwei) Jahren ab dem Zeitpunkt geltend machen, zu dem der Hersteller das Produkt in Verkehr gebracht hat.

Nach Ablauf dieser Frist erlischt dieses Recht.

Gegenüber wem und unter welchen weiteren Voraussetzungen kann der Verbraucher seine Ansprüche aus der Produktsachmängelhaftung geltend machen?

Ein Anspruch aus der Produktsachmängelhaftung kann ausschließlich gegenüber dem Hersteller oder dem Vertreiber der beweglichen Sache geltend gemacht werden.

Bei der Geltendmachung eines solchen Anspruchs obliegt es dem Verbraucher, den Mangel des Produkts nachzuweisen.

Unter welchen Umständen ist der Hersteller (Vertreiber) von seiner Produktsachmängelhaftung befreit?

Der Hersteller (Vertreiber) ist nur dann von seinen Verpflichtungen aus der Produktsachmängelhaftung befreit, wenn er nachweisen kann, dass:

- das Produkt nicht im Rahmen seiner geschäftlichen Tätigkeit hergestellt beziehungsweise in Verkehr gebracht wurde; oder
- der Mangel nach dem Stand von Wissenschaft und Technik zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens nicht erkennbar war; oder

- der Mangel des Produkts auf der Anwendung einer Rechtsvorschrift oder einer verbindlichen behördlichen Anordnung beruht.

Für die Befreiung von der Haftung genügt es, wenn der Hersteller (Vertreiber) einen der oben genannten Gründe nachweist.

Der Diensteanbieter weist den Verbraucher darauf hin, dass gesetzliche Sachmängelgewährleistungsansprüche und Ansprüche aus der Produktsachmängelhaftung wegen desselben Mangels nicht gleichzeitig und parallel geltend gemacht werden können.

Wurde ein Anspruch aus der Produktsachmängelhaftung erfolgreich durchgesetzt, kann der Verbraucher jedoch hinsichtlich des ausgetauschten Produkts beziehungsweise des reparierten Teils einen gesetzlichen Sachmängelgewährleistungsanspruch gegenüber dem Hersteller geltend machen.

4.4 Gesetzliche Garantie (Jótállás)

Unter welchen Umständen kann der Verbraucher seine Garantierechte geltend machen?

Im Falle einer mangelhaften Vertragserfüllung ist der Diensteanbieter gemäß der ungarischen Regierungsverordnung Nr. 151/2003 (IX.22.) über die obligatorische Garantie für bestimmte langlebige Verbrauchsgüter zur Gewährung einer Garantie verpflichtet, sofern der Nutzer als Verbraucher gilt.

Die Garantierechte stehen dem Verbraucher sowie – bei Vorliegen der gesetzlich festgelegten Voraussetzungen – auch Kleinstunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen zu.

Welche Rechte stehen dem Verbraucher im Rahmen der Garantie zu und innerhalb welcher Fristen können diese geltend gemacht werden?

Die Garantiezeit beträgt 2 (zwei) Jahre.

Die Garantiefrist beginnt mit dem Tag der Übergabe des Verbrauchsguts an den Verbraucher oder, wenn die Inbetriebnahme durch den Vertreiber oder einen von ihm Beauftragten erfolgt, mit dem Tag der Inbetriebnahme.

Im Rahmen seiner Garantieansprüche kann der Berechtigte nach seiner Wahl:

- Nachbesserung oder Austausch verlangen, es sei denn, die Erfüllung des gewählten Garantieanspruchs ist unmöglich oder würde für den Diensteanbieter im Vergleich zur Erfüllung eines anderen Garantieanspruchs unverhältnismäßige Mehrkosten verursachen. Dabei sind der Wert der mangelfreien Leistung, die Schwere der Vertragsverletzung sowie die Beeinträchtigung der Interessen des

Berechtigten durch die Erfüllung des gewählten Garantieanspruchs zu berücksichtigen; oder

- eine angemessene Herabsetzung des Kaufpreises verlangen, den Mangel auf Kosten des Diensteanbieters selbst beheben oder durch einen Dritten beheben lassen oder vom Vertrag zurücktreten, wenn der Diensteanbieter die Nachbesserung oder den Austausch nicht übernommen hat, dieser Verpflichtung nicht nachkommen kann oder das Interesse des Verbrauchers an einer Nachbesserung oder einem Austausch entfallen ist.

Bei einem unerheblichen Mangel ist ein Rücktritt vom Vertrag ausgeschlossen.

Die Nachbesserung oder der Austausch müssen unter Berücksichtigung der Eigenschaften der Ware und ihres vom Verbraucher vernünftigerweise zu erwartenden Verwendungszwecks innerhalb einer angemessenen Frist und unter Wahrung der Interessen des Berechtigten erfolgen.

Wann ist das Unternehmen von seiner Garantieverpflichtung befreit?

Der Diensteanbieter ist nur dann von seiner Garantieverpflichtung befreit, wenn er nachweist, dass die Ursache des Mangels erst nach der Vertragserfüllung entstanden ist.

Der Diensteanbieter weist den Verbraucher darauf hin, dass gesetzliche Sachmängelgewährleistungsansprüche und Garantieansprüche beziehungsweise Ansprüche aus der Produktsachmängelhaftung und Garantieansprüche wegen desselben Mangels nicht gleichzeitig und parallel geltend gemacht werden können.

Im Übrigen stehen dem Verbraucher die Garantierechte unabhängig von den in den Abschnitten über die gesetzliche Sachmängelgewährleistung und die Produktsachmängelhaftung beschriebenen Rechten zu.

Der Diensteanbieter übernimmt nach Ablauf der Garantiezeit keine Garantie für Schäden, die auf natürlichen Verschleiß oder Alterung im Rahmen der fachlich zu erwartenden Lebensdauer des Produkts zurückzuführen sind.

Darüber hinaus haftet der Diensteanbieter im Rahmen der Gewährleistung beziehungsweise Garantie nicht für Schäden, die nach dem Gefahrübergang durch unsachgemäße oder fahrlässige Behandlung, übermäßige Beanspruchung, Einwirkungen, die von den festgelegten Bedingungen abweichen, oder eine sonstige nicht bestimmungsgemäße Verwendung der Produkte entstanden sind.

Macht der Verbraucher aufgrund eines Defekts des Verbrauchsguts innerhalb von 3 (drei) Werktagen nach dem Kauf beziehungsweise der Inbetriebnahme einen Anspruch auf Austausch geltend, ist der Diensteanbieter verpflichtet, das Verbrauchsgut auszutauschen, sofern der Defekt dessen bestimmungsgemäße Verwendung verhindert.

4.5 Verfahren bei der Geltendmachung von Gewährleistungs- und Garantieansprüchen

Bei Verträgen zwischen Verbrauchern und Unternehmen dürfen die Vereinbarungen der Parteien nicht zum Nachteil des Verbrauchers von den Bestimmungen der einschlägigen Verordnung abweichen.

Der Verbraucher ist verpflichtet, den Abschluss des Vertrags nachzuweisen. Dies kann durch eine Rechnung oder auch lediglich durch einen Kassenbeleg erfolgen.

Die mit der Erfüllung der gesetzlichen Gewährleistungsverpflichtungen verbundenen Kosten trägt der Diensteanbieter (§ 6:166 des ungarischen Bürgerlichen Gesetzbuches).

Der Diensteanbieter ist verpflichtet, über jeden bei ihm geltend gemachten Gewährleistungs- oder Garantieanspruch des Verbrauchers ein Protokoll aufzunehmen.

Eine Kopie des Protokolls muss dem Verbraucher unverzüglich und in nachweisbarer Weise zur Verfügung gestellt werden.

Ist ein Austausch des Produkts nicht möglich, ist der Diensteanbieter verpflichtet, dem Verbraucher den Kaufpreis unverzüglich zurückzuerstatten.

Maßgeblich ist der Kaufpreis, der auf dem Garantieschein oder, falls ein solcher nicht vorliegt, auf dem vom Verbraucher vorgelegten Zahlungsnachweis für das Produkt angegeben ist, also auf einer gemäß den umsatzsteuerrechtlichen Vorschriften ausgestellten Rechnung oder Quittung.

Kann der Diensteanbieter zum Zeitpunkt der Anmeldung eines Gewährleistungs- oder Garantieanspruchs nicht erklären, ob der Anspruch erfüllt werden kann, muss er den Verbraucher innerhalb von 5 (fünf) Werktagen in nachweisbarer Weise über seinen Standpunkt informieren.

Im Falle einer Ablehnung muss die Mitteilung auch die Gründe für die Ablehnung sowie Informationen über die Möglichkeit enthalten, sich an eine Schlichtungsstelle zu wenden.

Der Diensteanbieter ist verpflichtet, das Protokoll ab dem Zeitpunkt seiner Erstellung 3 (drei) Jahre lang aufzubewahren und es auf Verlangen der zuständigen Aufsichtsbehörde vorzulegen.

Der Diensteanbieter muss sich bemühen, die Nachbesserung oder den Austausch innerhalb von höchstens 15 (fünfzehn) Tagen durchzuführen.

5. Verfahren zur Beschwerdebearbeitung

5.1

Der vom Diensteanbieter betriebene Onlineshop verfolgt das Ziel, sämtliche Bestellungen in angemessener Qualität und zur vollständigen Zufriedenheit der Verbraucher abzuwickeln.

Sollte der Verbraucher dennoch eine Beschwerde bezüglich des Vertrags oder seiner Erfüllung haben, kann er diese über die oben angegebene Telefonnummer, per E-Mail oder auf dem Postweg einreichen.

5.2

Der Diensteanbieter prüft mündlich vorgebrachte Beschwerden unverzüglich und ergreift gegebenenfalls geeignete Maßnahmen zur Behebung des Problems.

Ist der Verbraucher mit der Bearbeitung der Beschwerde nicht einverstanden oder ist eine sofortige Untersuchung der Beschwerde nicht möglich, erstellt der Diensteanbieter unverzüglich ein Protokoll über die Beschwerde und seinen diesbezüglichen Standpunkt und übergibt dem Verbraucher eine Kopie des Protokolls.

Schriftliche Beschwerden werden vom Diensteanbieter innerhalb von 30 (dreißig) Tagen schriftlich beantwortet.

Der Diensteanbieter ist verpflichtet, die Ablehnung einer Beschwerde zu begründen.

Das Protokoll einer mündlichen Beschwerde beziehungsweise die schriftliche Beschwerde sowie eine Kopie der inhaltlichen Antwort auf die Beschwerde müssen vom Diensteanbieter 3 (drei) Jahre lang aufbewahrt und auf Aufforderung der zuständigen Aufsichtsbehörde vorgelegt werden.

5.3

Wir informieren die Verbraucher darüber, dass sie im Falle der Ablehnung ihrer Beschwerde gemäß den nachstehenden Bestimmungen ein Verfahren bei der zuständigen Verbraucherschutzbehörde oder einer Schlichtungsstelle einleiten können.

Der Verbraucher kann sich mit seiner Beschwerde an die Verbraucherschutzbehörde wenden.

Im Komitat Baranya ist die Verbraucherschutzabteilung des Regierungsamtes des Komitats Baranya (Baranya Vármegyei Kormányhivatal Fogyasztóvédelmi Osztálya) für Verbraucherschutzangelegenheiten zuständig.

Kontaktdaten:

Anschrift: 7630 Pécs, Hengermalom u. 2., Ungarn

Telefonnummer: +36 72 795 398

E-Mail-Adresse: fogyasztovedelem@baranya.gov.hu

Die jeweils aktuellen Kontaktdaten der zuständigen Behörden sind auf der Website https://kormanyhivatalok.hu verfügbar.

Der Verbraucher hat außerdem die Möglichkeit, sich mit seiner Beschwerde an eine Schlichtungsstelle zu wenden.

Seit dem 1. Januar 2024 gibt es in Ungarn landesweit 8 (acht) regionale Schlichtungsstellen.

Informationen über die nach dem Wohnsitz oder Aufenthaltsort des Verbrauchers zuständige Schlichtungsstelle sowie die aktuellen Kontaktdaten der jeweiligen Geschäftsstellen sind auf https://bekeltetes.hu und auf der Website der Ungarischen Industrie- und Handelskammer (MKIK) abrufbar.

Die für die Region des Sitzes des Diensteanbieters zuständige Schlichtungsstelle ist die Schlichtungsstelle des Komitats Baranya (Baranya Vármegyei Békéltető Testület).

Kontaktdaten der Schlichtungsstelle des Komitats Baranya:

Anschrift: 7625 Pécs, Majorossy Imre u. 36., Ungarn

Telefonnummern: +36 72 507 154, +36 20 283 3422

E-Mail-Adresse: info@baranyabekeltetes.hu

Website: https://www.baranyabekeltetes.hu

5.4

Die Schlichtungsstelle ist für die außergerichtliche Beilegung von Verbraucherstreitigkeiten zuständig.

Das vorrangige Ziel ihres Verfahrens besteht darin, eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen.

Kommt keine Einigung zustande, trifft die Schlichtungsstelle eine Entscheidung gemäß den gesetzlich festgelegten Voraussetzungen.

Voraussetzung für die Einleitung des Verfahrens ist, dass der Verbraucher zuvor versucht hat, die Streitigkeit unmittelbar mit dem Unternehmen beizulegen.

Die Anhörung findet grundsätzlich online statt. Auf Wunsch des Verbrauchers wird eine persönliche Anhörung durchgeführt.

5.5

Die frühere Plattform der Europäischen Union zur Online-Streitbeilegung (OS-Plattform/ODR-Plattform) wurde am 20. Juli 2025 eingestellt.

Daher können über diese Plattform keine neuen Verbraucherstreitigkeiten mehr eingeleitet werden.

Bei grenzüberschreitenden Verbraucherstreitigkeiten können sich Verbraucher auf der Plattform „Consumer Redress“ der Europäischen Kommission über die innerhalb der Europäischen Union verfügbaren alternativen Streitbeilegungsstellen informieren.

5.6

Der Diensteanbieter unterliegt bei Verfahren vor einer Schlichtungsstelle einer Mitwirkungspflicht.

Im Rahmen dieser Verpflichtung muss er innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist eine schriftliche Stellungnahme einreichen und sicherstellen, dass eine zur Herbeiführung einer Einigung bevollmächtigte Person an der Anhörung teilnimmt.

Bei einer Online-Anhörung nimmt der bevollmächtigte Vertreter des Unternehmens online teil.

Bei einer auf Wunsch des Verbrauchers durchgeführten persönlichen Anhörung muss der Vertreter des Unternehmens mindestens online teilnehmen.

5.7

Wendet sich der Verbraucher nicht an eine Schlichtungsstelle oder führt das Verfahren nicht zu einem Ergebnis, hat der Verbraucher die Möglichkeit, zur Beilegung der Streitigkeit ein Gericht anzurufen.

Das Gerichtsverfahren ist durch Einreichung einer Klageschrift einzuleiten, die folgende Angaben enthalten muss:

- die Bezeichnung des zuständigen Gerichts;
- die Namen, Wohnanschriften und die prozessuale Stellung der Parteien sowie ihrer Vertreter;
- das geltend gemachte Recht sowie eine Darstellung der Tatsachen und Beweismittel, auf die der Anspruch gestützt wird;
- Angaben, aus denen sich die sachliche und örtliche Zuständigkeit des Gerichts ergibt;
- einen bestimmten Antrag auf eine gerichtliche Entscheidung.

Der Klageschrift ist das Dokument beziehungsweise eine Kopie des Dokuments beizufügen, auf dessen Inhalt als Beweismittel Bezug genommen wird.

6. Datenschutz

Die Datenschutzhinweise der vom Diensteanbieter betriebenen Website sind unter folgender Adresse abrufbar:

https://de.nosiboo.eu/privacy-policy/

Datum des Inkrafttretens: Pécs, 7. Oktober 2026.